

„Die Bürgerversicherung ist vom Tisch“

CSU schließt „Nachbesserungen“ bei den Koalitionsverhandlungen aus

Die ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen, die Kosten stabil halten, die Digitalisierung voranbringen, eine neue zahnärztliche Approbationsordnung auf den Weg bringen – das sind die gesundheitspolitischen Herausforderungen für die kommenden Jahre, sagt Bernhard Seidenath, stellvertretender Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag. Die Bürgerversicherung sei dagegen vom Tisch. Sie werde im Koalitionsvertrag nicht auftauchen, verspricht der CSU-Politiker im BZB-Interview.

BZB: Die Zeichen im Bund stehen auf GroKo. Was haben Ärzte und Zahnärzte von der neuen Bundesregierung zu erwarten?

Seidenath: Das Ergebnispapier der Sondierungsgespräche, das die Grundlage für die aktuellen Koalitionsverhandlungen bildet, zeigt, dass CDU/CSU und SPD weiterhin an der tragenden Säule eines freiheitlichen Gesundheitswesens festhalten werden und damit auch in Zukunft für eine freie Arzt- und Krankenhauswahl, für Therapiefreiheit und für die Unabhängigkeit der Freien Gesundheitsberufe eintreten. Ein weiterer Schwerpunkt bei einer Neuaufgabe der Großen Koalition wird die Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung insbesondere auf dem Land sein. Um einem drohenden Ärztemangel auf dem Land entgegenzuwirken und für eine bedarfsgerechte Patientenversorgung bedarf es einer Vielfalt an Versorgungsmodellen. Darunter fallen sowohl Einzelpraxen als auch Medizinische Versorgungszentren sowie weitere kooperative Modelle.

BZB: Die Bürgerversicherung war nach den Sondierungsgesprächen vom Tisch. Wird das Thema in den jetzt folgenden Koalitionsgesprächen noch einmal auf die Agenda kommen? Wie wird die Union darauf reagieren?

Seidenath: Die Bürgerversicherung ist vom Tisch und bleibt vom Tisch. Und das ist auch gut so. Auf keiner der insgesamt 28 Seiten des Sondierungspapiers von CDU/CSU und SPD findet sich die Forderung nach einer Bürgerversicherung. Da das Sondierungsergebnis Grundlage für den



Foto: BLZK

„Wir wollen unser bewährtes System erhalten und auch nicht durch die Hintertür aushöhlen lassen“, sagt der CSU-Gesundheitspolitiker Bernhard Seidenath (r.) im Gespräch mit BZB-Redakteur Leo Hofmeier.

auszuhandelnden Koalitionsvertrag – sozusagen ein Vorvertrag – ist, kann eine Bürgerversicherung auch nicht im Koalitionsvertrag enthalten sein. Klar ist: Sie steht nicht drin und kommt auch nicht mehr rein.

BZB: Besteht nicht die Gefahr, dass das duale System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung durch eine Regierungskoalition mit der SPD schleichend ausgehöhlt wird, zum Beispiel durch eine weitere Anhebung der Versicherungspflichtgrenze? Eine einheitliche Gebührenordnung oder die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamte wären ja wohl der indirekte Einstieg in die Bürgerversicherung...

Seidenath: Da haben Sie recht – und gerade deshalb werden die Unterhändler der Union hierauf auch ein besonderes Augenmerk richten. Wir wollen unser bewährtes System erhalten – und auch nicht durch die Hintertür oder auf kaltem Weg aushöhlen lassen. Gerade das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sichert das hohe Niveau der gesundheitlichen Versorgung in unserem Land. Man muss nur einmal nach Holland blicken (siehe S. 18). Dort ist vor rund zehn Jahren eine Bürgerversicherung eingeführt worden, was seither zu einem immensen Kostenanstieg im Gesundheitswesen geführt hat. Gleichzeitig haben sich die Leistungen für die Patientinnen und Patienten nicht verbessert,

im Gegenteil: Die Wartezeiten in Krankenhäusern sind sogar gestiegen. Die sogenannte Bürgerversicherung macht das Gesundheitssystem also weder gerechter noch die Versorgung der Menschen besser. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich deshalb mit einem Dringlichkeitsantrag „Gesundheitsland Bayern stärken“, der am 23. Januar vom Gesundheitsausschuss beschlossen wurde, explizit gegen die Bürgerversicherung ausgesprochen. Mit uns wird es weder einen direkten noch einen indirekten Einstieg in die Bürgerversicherung geben.

BZB: *Fragt man junge Ärzte und Zahnärzte, was sie von der Niederlassung abhält, hört man immer wieder das Argument „zu viel Bürokratie“. Haben Sie dafür Verständnis?*

Seidenath: Hier geht es vielen Zahnärzten nicht anders als ihren Kollegen im ambulanten und stationären ärztlichen, aber auch pflegerischen Bereich, die sich sehr viel mit Dokumentationspflichten beschäftigen müssen – Zeit, die ihnen dann nicht für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung steht. Der Königsweg zu weniger Bürokratie ist leider noch nicht gefunden. Ein maßgeblicher Entlastungsfaktor, den wir auch in Bayern entschieden voranbringen wollen, kann aber die Digitalisierung sein, indem Diagnostik-, Dokumentations- und Kommunikationsprozesse produktiver ablaufen. Wichtig dabei ist jedoch, dass die so sensiblen Gesundheitsdaten bestmöglich gesichert sind und der Datenschutz für Patientinnen und Patienten garantiert ist.

BZB: *Die deutschen Zahnärzte haben klare Erwartungen an die neue Bundesregierung. Dazu gehören die Weiterentwicklung der privaten Gebührenordnung und die neue Approbationsordnung. Außerdem muss die Budgetierung in der GKV endlich abgeschafft werden. Wie beurteilen Sie die Chancen, dass die neue Bundesregierung hier endlich aktiv wird?*

Seidenath: Die GOÄ, an die auch einige zahnärztliche Leistungen gebunden sind, wurde seit 1982 kaum verändert, obwohl sich die Medizin weiterentwickelt hat. Eine Novellierung ist daher überfällig. Dazu müssen sich jedoch Ärzte und PKV-Verband zuerst auf ein tragfähiges Konzept einigen. Bundesgesundheitsminister Gröhe hat mehrmals bekräftigt, er werde bei Vorliegen eines solchen Konzepts alles für eine zügige Umsetzung tun. Inwieweit im Rahmen der GOZ-Novelle von 2012 Anpassungsbedarf entsteht, will das Bun-

desministerium für Gesundheit im Rahmen einer Studie prüfen: So wurden in einem 2015 erschienenen Bericht der Bundesregierung zu „Auswirkungen der Neustrukturierung und -bewertung der Leistungen der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)“ Pläne für eine Untersuchung des privatärztlichen Leistungs- und Abrechnungsgeschehens genannt.

Die Neuregelung der Approbationsordnung ist sicherlich ein wichtiger Schritt, um die Ausbildung künftiger Zahnärztinnen und -ärzte zu stärken und zukunftsfest zu machen – damit die Patientinnen und Patienten auch weiterhin auf eine gute und hochwertige zahnärztliche Versorgung zählen können. Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Beschluss bereits im letzten Jahr für eine neue zahnärztliche Approbationsordnung eingesetzt. Nun muss die Novelle noch vom Bundesrat beschlossen werden. Was die Budgetierung in der GKV angeht, so wird eine pauschale Vereinheitlichung der Ärztehonorare von der Union strikt abgelehnt. Bei den laufenden Koalitionsgesprächen stehen jedoch Diskussionen über höhere Honorare für die Behandlung von Kassenpatienten auf der Agenda.

BZB: *Wenn Markus Söder zum Ministerpräsidenten gewählt wird, ist er bereits der zweite Ministerpräsident in Folge, der Erfahrungen in der Gesundheitspolitik vorweisen kann. Wird damit das Thema „Gesundheit“ in der Staatskanzlei einen höheren Stellenwert erhalten?*

Seidenath: Horst Seehofer war Bundesgesundheitsminister, Markus Söder war bayerischer Gesundheitsminister. Sowohl der amtierende Ministerpräsident als auch sein designierter Nachfolger sind also erfahrene Gesundheitspolitiker, die sich bestens auskennen. Die Themen Gesundheit und Pflege hatten in Bayern schon bisher einen hohen Stellenwert und werden diesen auch unter einem Ministerpräsidenten Markus Söder weiterhin haben. Zudem spüren wir, dass gerade die angeblich „weichen“ Themen die Menschen intensiv bewegen. Darauf muss und wird die Politik reagieren. In seiner programmatischen Rede während der CSU-Klausurtagung in Kloster Banz Mitte Januar hat Markus Söder dann auch gerade im Bereich der Pflege und auch im Hospiz- und Palliativwesen bereits Akzente gesetzt.

BZB: *Vielen Dank für das Gespräch.*